

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 32 – Integration durch gute „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ)-Angebote

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 073.18 / 23.02.2018

Sprache ist der Schlüssel zur Integration

Unsere Schulen haben in den letzten zwei Jahren über 10.000 Kinder und Jugendliche aufgenommen, für die Deutsch nicht die Erstsprache ist. Für die Lehrkräfte in den Erstaufnahmeeinrichtungen und an den „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) -Zentren war und ist das ein echter Kraftakt. Den haben sie hervorragend gemeistert und sie haben es geschafft, dass alle Kinder fast vom ersten Tag an in Schleswig-Holstein zur Schule gehen können.

Für Jamaika, genauso wie für die Küstenkoalition in der vergangenen Wahlperiode ist dies genau der richtige Weg, um Kinder und Jugendliche möglichst schnell die Chance zur Integration zu geben. Denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Wenn wir uns im Bundesgebiet umsehen ist das leider nicht selbstverständlich. Schleswig-Holstein ist da vorbildlich.

Von den rund 6.000 Schüler*innen, die aktuell noch in der Basisstufe an den DaZ-Zentren an den allgemeinbildenden Schulen sind, werden die meisten im kommenden Schuljahr in die Aufbaustufe wechseln. Während die DaZ-Schüler*innen in der Basisstufe nur teilweise am Regelunterricht teilnehmen, also teilintegrativ beschult werden, wechseln sie mit dem Übergang in die DaZ-Aufbaustufe komplett in eine – ihrem Alter entsprechende – Regelschulklasse und bekommen ergänzend weiter DaZ-Unterricht.

Gerade für die Kinder und Jugendlichen, die aus Kriegsgebieten zu uns geflüchtet sind, ist das eine Herkulesaufgabe: Sie müssen zum einen die harten Kriegs- und Fluchterfahrungen verarbeiten und zum anderen haben sie mitunter erhebliche Kompetenzrückstände gegenüber ihren gleichaltrigen Mitschüler*innen, weil sie aufgrund von Krieg und Flucht oft keine reguläre Schule besuchen konnten.

Um diese Kompetenzrückstände abzubauen, ist es wichtig, dass an den Schulen auch Mathe- und Alphabetisierungskurse für die DaZ-Schüler*innen angeboten werden. Es kommen in den DaZ-Klassen auch Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu uns,

die fachkundige Unterstützung benötigen.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Landesregierung gebeten, die DaZ-Angebote entsprechend weiter zu entwickeln und die Kurse bedarfsgerecht anzupassen. Wir haben am Mittwoch beschlossen, hierfür mit dem Haushalt 2018 über 250 zusätzliche Stellen bereitzustellen. Das war richtig und wichtig.

Doch nicht nur für die Schüler*innen ist der Wechsel in die DaZ-Aufbaustufe und in eine Regelklasse eine große Herausforderung, sondern auch für die vielen Fachlehrkräfte, die – im Gegensatz zu den Lehrkräften an den DaZ-Zentren – kaum Erfahrung im Bereich Fremdsprachendidaktik und auch weniger Erfahrung im Umgang mit einer derart heterogenen Schüler*innenschaft haben.

Ich habe mich vor kurzem mit dem DaZ-Koordinator und den Kreisfachberater*innen in meinem Kreis getroffen. Auch sie sehen in dem Umgang mit dieser heterogenen Schülerschaft die größte Herausforderung für die Regelschulklassen.

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode den Umgang mit Heterogenität und die durchgängige Sprachbildung im Lehrkräftebildungsgesetz für alle angehenden Lehrkräfte verankert.

Und es gibt für sie die Möglichkeit, im Referendariat einen Kurs „Deutsch als Zweitsprache“ zu belegen und dort ein DaZ-Zertifikat zu erwerben, anstatt eine Hausarbeit zu schreiben. Diese Möglichkeit wird von den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiVs) gut angenommen.

Rückblickend zeigt sich, dass das sehr vorausschauende Maßnahmen waren. Doch nicht nur die neuen Lehrkräfte brauchen das Handwerkszeug, sondern wir müssen auch die älteren Lehrkräfte durch entsprechende Angebote am IQSH unterstützen.

Last but not least bitten wir in unserem Antrag die Landesregierung zu prüfen, wie auch den Schulen in freier Trägerschaft Mittel für den DaZ-Unterricht zur Verfügung gestellt werden können.

Ich bin schon mehrfach von Schulen in freier Trägerschaft angesprochen worden, die sich an der Mammutaufgabe beteiligen möchten, die rund 10.000 Kinder und Jugendliche, für die Deutsch nicht die Erstsprache ist, zu integrieren. Dieses Angebot der Schulen in freier Trägerschaft unterstützen wir ausdrücklich.
